

**Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.**

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs.

epd medien: Diemut Roether (verantw.), Michael Ridder, Ellen Nebel.

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich epd medien (Druckausgabe als PDF). Plus fünf Mal wöchentlich epd medien aktuell (elektronisch als PDF-Datei).

Bezugspreis Online-Abonnement monatl.: 69,40 Euro.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-190,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: kundenservice@gep.de

Redaktion epd medien (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-135,

Fax: 069/58098-261, E-Mail: medien@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für epd medien online gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. epd medien darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

**Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),
Tel: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de**

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

[hier geht's weiter >>>](#)

epd medien

Frankfurt am Main ■ www.epd.de

17. Januar 2020 **3**

INHALT Vielfalt als Ziel

Wie Kirchen und Rundfunk integrierend wirken können / *Von Norbert Schneider* 3

Inland

Bundesverfassungsgericht verhandelt über BND-Gesetz	6
„Bild“ scheitert in Karlsruhe mit Beschwerde gegen Ordnungsgeld	7
DuMont verkauft „Mitteldeutsche Zeitung“ an Bauer Media Group	7
Laschet kritisiert Ausgaben für Sportrechte im Fernsehen	8
Freie befürchten Kahlschlag bei deutschem DW-Onlineangebot	9
Landtag wählt CDU-Politikerin Meyer zur LMS-Direktorin	10
Saarländischer Rundfunk setzt Organisationsreform um	11
Kartellamt will Digitalkonzerne wie Facebook härter regulieren	12
Studie: Deutsche Medien berichten intensiv über Migration	12
AGF Videoforschung und Media Control beenden Zusammenarbeit	13
Weitere Inlandsmeldungen ab Seite	14

Internationales

Mehrere bulgarische Printmedien stellen Papierausgabe ein	18
Ex-Pressesprecher fordern mehr Pressekonferenzen im Weißen Haus	18
Netflix-Satire über Jesus darf in Brasilien wieder gezeigt werden	19
Kambodscha: Journalisten von Landesverratsprozess ausgeschlossen	19

Kritik

VOR-SICHT: „Kryger bleibt Krüger“ von Borchert/Ziermann (ARD/Degeto)	20
„Ein Dorf wehrt sich“ von Gabriela Zerhau (Arte/ORF)	21
„Tatort: Das Team“ von Jan Georg Schütte (ARD/WDR)	22
„Das Mädchen am Strand“ von Thomas Berger (ZDF)	23
„Alte Bande“ von Heidelbach/Kummer/Lieb/Rost (ARD/WDR)	24
„Betrifft: Alpenrausch im Klimawandel“ von Sabine Harder und Martina Treuter (SWR) ..	25
„ZDF History: Das Boot - Die Dokumentation“ von Oliver Hamburger (ZDF)	26
Weitere Kritiken ab Seite	27

Dokumentation

Armin Grunwald zur Macht der Internetkonzerne	31
---	----

■ DOKUMENTATION

„Öffentliche Kommunikationskultur“

Armin Grunwald zur Macht der Internetkonzerne

epd Der Philosoph und Physiker Armin Grunwald hat vor den negativen Folgen der Geschäftspolitik der großen Internetkonzerne wie Google und Facebook für die Demokratie gewarnt. Demokratie lebe „nicht nur von formalen Regeln, sondern auch von einer gelebten öffentlichen Kommunikationskultur“, sagte Grunwald am 26. November bei einem Symposium des Initiativkreises öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Köln. Diese Kommunikationskultur werde durch die digitalen Netzwerke, die darauf ausgerichtet seien, möglichst viele Daten über ihre Nutzer zu sammeln, vergiftet. Daher sei es wichtig, übermäßige neoliberale Freiheiten regulativ einzuhegen. Wir dokumentieren Grundwalds Vortrag mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Initiativkreises öffentlich-rechtlicher Rundfunk.

1. Frühe Demokratie-Utopien zum Internet

Massenmedien sind von zentraler Bedeutung für die öffentliche Kommunikation und die demokratische Öffentlichkeit. Tageszeitungen waren im 19. Jahrhundert vielfach die Stimme der Demokratiebewegung, wenn sie nicht gerade von den restaurativen Regimen nach dem Wiener Kongress unter Zensur gestellt waren. Der Rundfunk veränderte die öffentliche Kommunikation, dann noch einmal das Fernsehen ab den 1950er Jahren. Das Wort von der „Fernseh-Demokratie“ war durchaus ambivalent als Ausdruck einer Zeit gemeint, in der das Fernsehen das dominante Medium der öffentlichen Meinungsbildung wurde.

Das Aufkommen digitaler Medien ab den 1990er Jahren mit dem Internet und später dann den Netzwerk- und Nachrichtendiensten ist die jüngste technikgetriebene Welle der Neuformierung öffentlicher Kommunikation.

Die Demokratie ist auf funktionierende Kommunikationsverhältnisse angewiesen, sowohl zwischen Politik und Bürgern als auch zwischen Bürgern untereinander. Daher ist Technik, die die Bedingungen politischer Kommunikation verändert, grundsätzlich von besonderer Bedeutung für die Demokratie (Grunwald, Banse, u.a., „Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie“, 2006).

Mit neuen Techniken werden häufig zunächst große, teils visionäre oder sogar utopische Erwartungen verbunden. So begleiteten weitreichende demokratische Visionen auch die Digitalisierung. Die damals durch

das Internet neuen technischen Möglichkeiten schneller Informationsübertragung, einfachen Zugriffs auf Wissen und einer hierarchiefreien und globalen Kommunikation in Echtzeit nährten die Hoffnung auf eine Erneuerung der Demokratie durch neue Kommunikationsformen.

Bürgerbeteiligung und Partizipation würden erleichtert und im Sinne politischer Teilhabe aktiv genutzt. Es entstand die Utopie eines globalen Dorfes, in dem alle durch das Internet verbunden werden sollten. Die Menschen würden sich besser informieren und miteinander vernetzen und damit eine deliberative Demokratie stärken, also eine „Demokratisierung der Demokratie“ betreiben. Eine Weltgesellschaft ohne Hierarchien, eine demokratische Gemeinschaft gleichberechtigter Menschen, eine virtuelle und hierarchiefreie „Agora“ würde entstehen. Diktatoren, so wurde erhofft, hätten keine Chance mehr, denn über das Internet würden ihre Unterdrückungsmethoden rasch in aller Welt bekannt und wären nicht länger durchhaltbar.

Vielleicht oder sogar wahrscheinlich muten diese visionären Gedanken heute, angesichts der realen Situation gut zwanzig Jahre später (s.u.), naiv und weltfremd an. Naiv war sicher der dahinterstehende Technikdeterminismus, nach dem die reine Verfügbarkeit der Technik Internet all die positiven Entwicklungen wie von selbst in Gang setzen würde. Dennoch sollte man die Utopien nicht vorschnell im Müllschlucker der Geschichte verschwinden lassen. Denn die demokratischen Potenziale des Internets sind weiterhin vorhanden. Dass sie bislang eher wenig zum Zuge kamen, muss nicht bedeuten, dass sie nicht in Zukunft realisiert werden könnten. Nur darf man diese Realisierung nicht von der puren Technik erwarten, sondern hier sind engagierte Menschen und Organisationen gefragt, die die Möglichkeiten des Internets im Sinne der Demokratie umsetzen und den a- und antidemokratischen Nutzungen etwas entgegensetzen.

2. Die Realität heute: Ernüchterung

Heute ist der demokratische Schwung der Gründerjahre des Internets verfliegen, ebenso die Ideale einer friedlichen, auf gegenseitiger Anerkennung beruhenden und sich gleichberechtigt über das Internet organisierenden Weltgemeinschaft. Nun wird im Gegenteil befürchtet, dass Internetkommunikation die demokratische Öffentlichkeit untergräbt und die demokratische Diskussionskultur substanziell gefährdet (Hofstetter, „Das

Ende der Demokratie. Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt", 2016).

Die Macht weniger Konzerne und Geheimdienste, Datenmissbrauch und Überwachung, Manipulation öffentlicher Meinung und die Verrohung der Kommunikation im Netz sind die Themen der letzten Jahre. Von Privatfirmen betriebene Netzwerke wie Facebook oder Twitter haben den Status öffentlicher Infrastrukturen erreicht. Ihre Betreiber entscheiden, welche Inhalte sie problematisch finden und gelöscht werden sollen und welche nicht. Privatfirmen haben dadurch einen demokratisch nicht legitimierten und früher unvorstellbaren Einfluss auf die öffentliche Kommunikation weltweit.

Einflussreiche Visionäre der Digitalisierung sehen zudem die Demokratie als veraltet an und träumen von der Abschaffung der Politik zugunsten einer Herrschaft von Algorithmen.

„Massive Verstärkungseffekte“

Die Demokratie ist in fast allen westlichen Ländern in der Krise, steht unter dem Druck populistischer und nationalistischer Bewegungen, teils auch der Rückkehr der Sehnsucht nach dem „starken Mann“. Der Anteil der digitalen Kommunikation daran ist freilich schwer zu bestimmen. Empirisch eindeutig sind Veränderungen des Kommunikationsverhaltens: Enthemmung durch (teils anonyme) Kommunikation, Shitstorms, Hass- und Hetzkampagnen sowie Politikerbeschimpfung in einem in den letzten Jahrzehnten nicht gekannten Maß.

Es kommt über die digitalen Medien zu massiven Verstärkungseffekten kommunikativer Interventionen (Schneeballeffekten), mit teils nicht rückholbaren Folgen – und das gilt sowohl für wichtige Meldungen als auch in der Verbreitung falscher Nachrichten (Fake News).

Ereignisse wie schwere Unfälle, Terrorattacken oder Naturkatastrophen werden gefilmt und ohne Filter im Netz veröffentlicht. Bis die durchaus vorhandenen Filtermechanismen greifen, haben sich grausame Bilder bereits verbreitet und verbreiten sich weiter. Es gibt aber auch positive Effekte: Die Internetkommunikation erlaubt schnelle Mobilisierung, wie im „Arabischen Frühling“ 2011 oder in der Gelbwesten-Bewegung in Frankreich, und sie führt immer wieder zur Verbreitung von Nachrichten über üble Zustände, auf die öffentliche Empörung und teils dann eine Verbesserung der Situation erfolgt.

Die öffentliche Meinungsbildung ist einerseits durch den leichten und schnellen Zugriff auf Informationen aller Art erleichtert, die Transparenzerwartungen sind gestiegen. Andererseits wird die fast unbegrenzte

Verfügbarkeit von Informationen auch als Informationsüberflutung wahrgenommen. Aufgrund der weitgehenden Abwesenheit der klassischen „Gatekeeper“ der Vorsortierung der Vielfalt der Informationen aus Öffentlichem Rundfunk und Qualitätszeitungen kommt es zu Schwierigkeiten der Orientierung und in der Einschätzung von Internetinhalten. Neue Gatekeeper wie die sogenannten Influencer beeinflussen die (auch politische) Meinung von Millionen Menschen, meist ohne dass sie wie etwa Journalisten eine entsprechende Ausbildung durchlaufen und sich ein ihrer Verantwortung entsprechendes Ethos angeeignet hätten.

Der Reiz des Tabubruchs, der Radikalisierung und der Skandale, die die öffentliche Aufmerksamkeit konsumieren, kündigt vom Einzug der marktorientierten Prinzipien neoliberaler Ökonomie in die öffentliche Meinungsbildung. Andere flüchten sich angesichts der Unübersichtlichkeit des Wissens und der Positionen in Filterblasen und Echokammern, die auch im Internet den Anschein einer überschaubaren und heimeligen Welt erwecken, weil man dort von Gleichgesinnten umgeben ist.

Alle diese beobachtbaren Entwicklungen verdanken sich den gleichen technischen Eigenschaften des Internets wie die früheren, real nicht eingetretenen demokratischen Utopien. Hier zeigt sich eine Einsicht des Philosophen Hans Jonas (1979), dass die großen ethischen und gesellschaftlichen Herausforderungen moderner Technik aus reibungslos für menschliche Zwecke funktionierender Technik erwachsen, nicht aus der nicht funktionierenden Technik.

Die mit Internetkommunikation verbundenen Probleme der Demokratie sind nicht entstanden, weil das Internet nicht gut funktioniert – sondern gerade weil es gut funktioniert und kreative Menschen, Organisationen und Interessenvertreter diese funktionierende Technik geschickt in ihrem Sinne einsetzen. Auf diese Weise sind technische Entwicklungen, die nicht per se schlecht für die Demokratie sein müssen, de facto oft aber doch negativ. Nicht die Technik ist verantwortlich, sondern diejenigen, die sie für attraktive Dienstleistungen und profitable Geschäftsmodelle nutzen, mit denen es – intendiert oder nicht – zu problematischen Folgen für die demokratische Öffentlichkeit kommt.

2.1 Digitale Zwillinge und Datenhunger

Der Erfolg der Digitalisierung beruht darauf, dass von immer mehr Objekten (und auch Subjekten, also Menschen) der realen Welt sogenannte digitale Zwillinge erzeugt werden. Diese sind aus Daten bestehende Gegenstücke zu ihren Vorbildern aus der realen Welt, zum Beispiel einer industriellen Produktionsanlage, eines Au-

tos, eines Gebäudes oder auch eines Menschen. Digitale Zwillinge werden aus Daten angefertigt, die über die realen Originale erhoben und gesammelt werden. Sie können im Computer gespeichert und für Auswertungen jeglicher Art, zum Beispiel für Mustererkennung oder in Suchprozessen verwendet werden.

Digitalisierung bedeutet also die Erzeugung einer digitalen, das heißt aus Daten bestehenden Parallelwelt. In dieser Parallelwelt können extrem schnell auch komplexe Datenmengen (Big Data) analysiert werden. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse können dann wieder in die Wirklichkeit zurückübertragen werden. Diese Erkenntnisse sind offenkundig umso besser, je besser die digitalen Zwillinge sind, also je mehr Daten von den realen Vorbildern gesammelt wurden. Entsprechend werden darauf aufbauende Geschäftsmodelle oder Auswertungsmöglichkeiten der Geheimdienste immer besser, wenn sie auf mehr Daten zurückgreifen können. Dies erklärt den Datenhunger der Internetkonzerne und von Behörden.

„Quellen von Reichtum und Macht“

Die Verfügung und Kontrolle über Daten ist damit in der digitalen Gesellschaft zu einem zentralen Machtfaktor geworden (Rolf, „Weltmacht Vereinigte Daten. Die Digitalisierung und Big Data verstehen“, 2014). Gerade die Gründer der großen Internetkonzerne, allesamt Pioniere der Digitalisierung, haben früh erkannt, dass Daten Quellen von Reichtum und Macht sind, indem sie ein immenses und oft neuartiges Wissen über Menschen und ganze Gesellschaften ermöglichen. Die Zusammenführung von unterschiedlichen Daten erlaubt die personenbezogene Erhebung von Verhaltensmustern, Lebensstilen, Vorlieben, politischen und sexuellen Einstellungen, Kaufverhalten und Hobbys. Damit werden Verhaltenssteuerung und Manipulation durch Scoring-Systeme möglich, wie dies in China erklärtes Staatsziel ist. Sie bewerten Menschen nach bestimmten Eigenschaften auf Basis der über sie im Netz oder in Datenbanken verfügbaren Informationen, ob nun in Bewerbungsverfahren, bei Kreditvergabe oder in der Erstellung von Kundenprofilen.

Menschen, die sich beobachtet fühlen, verhalten sich nicht mehr frei und authentisch, was Psychologen „Panoptikums-Effekt“ nennen. Sondern wenn sie wissen, dass ihre Daten gesammelt und gegen sie verwendet werden können, stellen sie ihr Verhalten um. Strategisches Verhalten, Rückzug ins Private oder Verzicht auf öffentlich sichtbares Engagement könnten die Folgen sein. Für eine lebendige Demokratie wäre das eine üble Entwicklung.

Zu nennen ist hier auch, dass das Internet „nichts vergisst“. Die Sorge, dass aus dem Zusammenhang gerissene Sätze oder Szenen Jahre später auftauchen und in abwertender Absicht genutzt werden können, kann ebenfalls authentisches Verhalten erschweren oder verhindern.

Die Betreiber der sozialen Netzwerke wie Facebook und WhatsApp stehen seit ihrer Gründung im Verdacht, mit den Daten ihrer Nutzer recht eigennützig umzugehen. Trotz aller Warnungen vor Verletzungen der Privatsphäre haben sie sich weltweit durchgesetzt. Hunderte Millionen Nutzer akzeptieren die Geschäftsbedingungen, auch Datenskandale haben daran nichts geändert. Erst in der letzten Zeit, etwa seit dem Cambridge Analytica Skandal 2017 im Zusammenhang mit dem Wahlkampf des späteren US-Präsidenten Donald Trump, beginnt sich dies zu ändern.

Allerdings können Demokratien meist nur national wirken und haben gegenüber globalen Konzernen wie Google, Amazon oder Facebook zunächst erhebliche Nachteile. Aber sie sind nicht machtlos. Der Facebook-Gründer Mark Zuckerberg musste nach dem Cambridge Analytica Skandal vor dem US-amerikanischen Kongress und dem Europa-Parlament Rede und Antwort stehen. Facebook wurde 2018 von der britischen Datenschutzbehörde wegen Verstoßes gegen Datenschutzgesetze verurteilt. Der Widerstand in Europa gegen Übergriffe privater Firmen auf europäische Standards im Umgang mit Daten wächst.

2.2 Zwischen demokratischer Aushandlung und digitaler Kalkulation

Demokratie besteht aus der Suche nach gangbaren Wegen angesichts vieler unterschiedlicher Werte und Bedürfnisse in pluralen Gesellschaften. Sie zielt auf die Einbeziehung vieler verschiedener Menschen, nicht nur bei den Wahlen, sondern auch inmitten einer lebendigen Öffentlichkeit und in partizipativen Verfahren. Demokratie beinhaltet daher notwendigerweise die mühsame Aushandlung komplexer Fragen, den Umgang mit vielen konkurrierenden Meinungen und das Leben mit Kompromissen, die nach einiger Zeit wieder infrage gestellt werden können, so dass mit der Suche nach dem richtigen Weg immer wieder neu anzufangen ist.

Die Digitalisierung hingegen steht für Beschleunigung und Automatisierung. Ihr Programm ist Auswertung riesiger Datenmengen in Sekundenbruchteilen und Optimierung von Rechenprozessen. Digitalisierung ist wesentlich Kalkulation und Optimierung, Demokratie hingegen Abwägung, Diskussion und Inklusion (Grunwald, „Der unterlegene Mensch. Zur Zukunft der Menschheit angesichts von Algorithmen, Robotern und Künstlicher

Intelligenz", 2019). Während Digitalisierung auf immerwährende Beschleunigung setzt, benötigt Demokratie Zeit, um die vielen Perspektiven der unterschiedlichen Gruppen und Menschen zu berücksichtigen.

Viele Protagonisten der Digitalisierung folgern aus diesem Gegensatz, dass die Demokratie nicht mehr zeitgemäß sei. Auch Wirtschaftsmanager, teils sogar Politiker in demokratischen Staaten fordern, dass die Demokratie sich der Digitalisierung anpassen müsse. Dem liegt jedoch ein kategorialer Fehler zugrunde, indem nämlich die Demokratie nach rein funktionalen Aspekten schneller Entscheidungen bewertet wird. Ihre Wurzel liegt jedoch in einem an Autonomie und Freiheit orientierten normativen Menschenbild, wie es zum Beispiel Immanuel Kant formuliert hat. Danach ist die Demokratie die angemessene Regierungsform, unabhängig davon, wie schnell oder langsam sie ist.

Demokraten müssten also genau umgekehrt argumentieren: Wir wollen demokratisch regiert werden, weil dies unserem Menschenbild entspricht, also muss sich die Digitalisierung so entwickeln, dass sie der Demokratie zugutekommt. Die Gestaltung der digitalen Transformation muss sich nach der Demokratie richten, nicht umgekehrt.

2.3 Politikverachtung der Digitalvisionäre

In der Debatte um Digitalisierung kommt noch ein Punkt hinzu, der in den USA recht prominent, aber mittlerweile auch in Deutschland häufiger zu hören ist. Er betrifft das Personal der Demokratie, beziehungsweise das Personal der Politik generell. So haben viele Digitalvisionäre, insbesondere der transhumanistischen Ausrichtung, eine ausgesprochen schlechte Meinung von Menschen allgemein und von Politikern im Besonderen. Diese seien egoistisch, ordneten ihrem Stolz und Ehrgeiz alles andere unter, befriedigten ihr Ego statt sachdienliche Entscheidungen zu treffen, unterlägen Belastungen aus der Vergangenheit und seien Narzissten.

Algorithmen hingegen, so wird gesagt, tun einfach emotionslos das, was ihnen einprogrammiert wurde, sorgen für Sicherheit, Wohlstand und Gesundheit, gehören keiner Religion und keinem Stamm an, haben keine Interessen, seien fair und gerecht und wissen einfach alles. Entsprechend plädieren diese Digitalvisionäre für die Abschaffung der Demokratie und Übernahme der Herrschaft durch Algorithmen, die auf die Optimierung des Gemeinwohls programmiert werden sollen.

Für die Algorithmen spricht sicherlich ihre Einsicht in riesige Datenmengen und ihre Fähigkeit zur schnellen Mustererkennung. Das erlaubt jedoch nicht den Schluss, dass Algorithmen bessere Entscheidungen treffen.

Der Grund liegt in der Problematik des Wortes „optimieren“. Was wäre denn eine optimale Lösung, etwa in der Flüchtlingskrise oder in der Energiewende? Das Wort „optimal“ suggeriert „optimal für alle“ oder „optimal an sich“. Das ist jedoch eine durch nichts zu rechtfertigende Dehnung oder gar die Erschleichung eines Allgemeinheitsanspruchs. Denn die Vorstellung, dass es in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft Lösungen geben könnte, die für alle optimal sind, ist eine Illusion, vielleicht sogar eine gefährliche. Denn je nach Einstellung, persönlichen Werten und Interessen sind die Kriterien für „optimal“ in einer pluralen Gesellschaft breit gestreut. Was die einen für gut und richtig erachten, passt anderen nicht.

Das ist Pluralität, wie sie untrennbar mit dem modernwestlichen Bild vom freien und autonomen Menschen verbunden ist. Keine Entscheidung kann für alle gleichermaßen optimal sein. Das Wort „optimal“ ist in diesem Zusammenhang in einer Demokratie nicht nur nicht anwendbar, sondern vollkommen sinnlos. Der auf den ersten Blick vielleicht faszinierend klingende Ersatz der mühsamen Politikprozesse in der Demokratie durch einen klugen Algorithmus, der unbestechlich das Gemeinwohl durchsetzt, funktioniert nicht.

3. Die Macht der Internetmonopolisten

Gegenwärtig dominiert in der öffentlichen Debatte der Eindruck einer eigendynamischen Entwicklung der Digitalisierung. Sie fahre wie ein Zug mit hoher Geschwindigkeit, den man weder aufhalten noch in seiner Richtung beeinflussen könne. Insbesondere Wirtschaftsvertreter sprechen gern von der Digitalisierung wie von einem unausweichlichen Naturereignis, etwa einem Tsunami oder einem Erdbeben. In dieser Perspektive bliebe der Gesellschaft und den Individuen nur die pure Anpassung. Dahinter steht die Vorstellung eines digitalen Technikdeterminismus, nach dem der technische Fortschritt einer eigenen und kaum bis gar nicht steuerbaren Eigendynamik folgt, der sich Mensch und Gesellschaft anpassen müssen.

Jedoch werden Technik und Innovationen *gemacht*, auch die digitalen. Jede einzelne Zeile eines Programmcodes wird von Menschen geschrieben. Software läuft auf Hardware, die ebenfalls von Menschen angefertigt wird, beziehungsweise von Maschinen, die von Menschen dafür entwickelt und programmiert wurden. Algorithmen, Roboter, digitale Dienstleistungen, Geschäftsmodelle für digitale Plattformen oder Einsatzgebiete für Dienstleistungsroboter werden von Menschen erfunden, entworfen, hergestellt und eingesetzt (Grunwald 2019). Die Software der Suchmaschinen, die Algorithmen der Big-Data-Technologien und die Social Media, sie alle sind von Menschen entworfen und umgesetzt.

Diese Menschen, die „Macher“ der Digitalisierung, arbeiten in der Regel in Unternehmen, Institutionen oder Geheimdiensten. Sie verfolgen bestimmte Werte, haben Einschätzungen und Interessen, folgen einer Unternehmensstrategie, politischen Vorgaben, militärischen Erwägungen etc., die Einfluss auf ihre Entscheidungen nehmen, auf welche Weise und in welche Richtung sie die digitale Entwicklung vorantreiben und nutzen. Wenn Anpassung gefordert wird, bedeutet das also nicht Anpassung an die Technik, sondern Anpassung an die *Interessen und Werte ihrer Macher!*

Diese sind zum großen Teil wenige Konzerne, zumeist angesiedelt im amerikanischen Silicon Valley. Sie gestalten mit Macht die Digitalisierung, indem sie Einfluss auf Forschung, Entwicklung, Einsatz von Algorithmen und die Auswertung und Nutzung von Daten nehmen. Ihre Geschäftsmodelle sind es, die die oben genannten Gefährdungen der Demokratie mit sich bringen. Man muss diesen Machern keineswegs unterstellen, dass sie die Demokratie mit Absicht gefährden wollen. Die de facto Entwicklungen sind jedoch ohne Zweifel zurzeit der Demokratie abträglich.

„Faktische Monopolstellung“

Allerdings treten diese Gefährdungen nicht nur aufgrund der reinen Existenz der Geschäftsmodelle der Internetkonzerne auf, sondern weil so viele Menschen bereitwillig, unwissentlich oder sorglos auf diese Geschäftsmodelle eingehen, da die digitalen Dienstleistungen vieles so komfortabel und bequem machen. Das liegt sicher zu einem guten Teil am Mangel an bekannten oder ähnlich guten Alternativen.

Während auf einem funktionierenden Markt mit Konsumentensouveränität und Wahlmöglichkeiten eine gewisse Balance herrscht und die Nutzer sich zum Beispiel für demokratiefreundliche Kommunikationsplattformen entscheiden könnten, ist dies angesichts der faktischen Monopolstellung weniger Konzerne wie Facebook oder Google kaum oder nur mit Einschränkungen möglich.

Leider wird die Entstehung von Monopolisten durch ein zentrales Merkmal der Digitalisierung selbst gefördert: Wer früh am Markt ist, hat schon viele Daten gesammelt und gute digitale Zwillinge erstellt. Damit sind die Pioniere wie Google, Amazon oder Facebook gegenüber später auf den Markt kommenden Konkurrenten in einem kaum einzuholenden Vorsprung. Von daher muss es das nächstliegende Ziel sein, die demokratieschädlichen Wirkungen der aktuellen Monopolisten zu begrenzen. Drei Wege der Machtausübung durch die Monopolisten lassen sich unterscheiden:

- Ihre schiere Marktmacht bringt, wie das bei anderen Monopolen auch bekannt ist, Gefahren des Machtmissbrauchs mit sich. Dies ist ein vertrautes Phänomen, und auch die Reaktionen eines demokratischen Rechtsstaats zum Umgang damit sind bekannt. Kartell- und Wettbewerbsrecht sollen bekanntlich genau das verhindern. Allerdings kommt es darauf an, die rechtlichen Regelungen auch umzusetzen. Es ist zu begrüßen, dass der Wille hierzu auf der europäischen Ebene in den letzten Jahren gewachsen ist.

- Weltanschauliche Positionen von Digitalvisionären, die unverblümt mit ihrem Ansehen in der Öffentlichkeit als Propheten der Zukunft (Grunwald 2019) propagiert werden, haben sicher Auswirkungen. Prinzipiell ist nichts dagegen zu sagen, das ist freie Meinungsäußerung. Allerdings wünscht man sich kritische Konsumenten und kritische Berichterstattung in Auseinandersetzung mit diesen Positionen statt einer Art Hofberichterstattung. Perfide wäre es, wenn sie ihre Weltanschauung in ihren digitalen Produkten versteckt verbreiten würden, was nicht auszuschließen ist.

- Schleichende Veränderungen, und das dürfte der für die Demokratie gefährlichste Pfad sein, der öffentlichen Kommunikation treten durch das faktische Vorhandensein digitaler Angebote ein, die gerne genutzt werden, weil sie so viele lebenspraktische oder wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen. Schleichend und wahrscheinlich von den Betreibern der digitalen Netzwerke und Plattformen gar nicht intendiert kommt es zur allmählichen Vergiftung des demokratischen Klimas und den anderen, oben erwähnten Effekten.

Die ersten beiden Punkte sind sicher problematisch, aber durch Erfahrungen mit der Macht von Monopolen und dem Umgang damit in demokratischen Rechtsstaaten nicht wirklich neu.

„Erhebliches Gefahrenpotenzial“

Dagegen bergen die schleichenden Veränderungen ein erhebliches Gefahrenpotenzial für die Demokratie. Die digitalen Medien, vor allem soziale Netzwerke und andere Plattformen, berichten nicht einfach ihren Konsumenten etwas über die Welt, sondern stellen Welt-sichten her und arbeiten in umgekehrter Richtung als „Berichterstatter“ über ihre Nutzer, indem sie Daten der Nutzer an ihre Betreiber übermitteln und deren Macht damit weiter erhöhen. In der neoliberalen Welt der Datenkonzerne ist nicht der für einen Staat „gläserne Bürger“, sondern der „gläserne Konsument“ das Ziel: gläsern für private Konzerne, die mit den Profilen der Konsumenten, also ihren „digitalen Zwillingen“ Geld verdienen.

Zentral dafür ist die Zurückhaltung der Datenkonzerne, in die auf ihren Plattformen stattfindende Kommunikation einzugreifen. All dies erfolgt, so wiederholt von Mark Zuckerberg auch offen gesagt, um dem Recht auf freie Meinungsäußerung zu entsprechen. Dieses Recht, absolut gesetzt, bedeutet in der Tat Hetze, Verleumdung, Politikerbeschimpfung bis hin zum Wunsch, dass man bestimmte Personen am liebsten tot sehen würde oder die Verbreitung von Fake News zuzulassen, alles unter dem hehren Prinzip der demokratisch in der Tat extrem wichtigen freien Meinungsäußerung.

Wenn sich dies auch zunächst irgendwie überzeugend anhört, entpuppt es sich doch schnell als Ideologie. Denn auch das Recht auf freie Meinungsäußerung gilt, wie jedes andere Recht, nicht absolut, sondern in den Grenzen der anderen Rechte. Nur ein Beispiel: Würde man das Recht auf Religionsfreiheit absolut setzen, müsste man einer Religion, die Menschenopfer fordert, diese auch gestatten. Das wäre absurd, genauso wie die Absolutsetzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung

ebenfalls Konsequenzen hätte, die anderen Rechten zuwiderlaufen.

Insgesamt ist leider festzuhalten, dass die Geschäftspolitik der großen Internetkonzerne Entwicklungen in Gang gesetzt hat, welche die Demokratie unterhöhlen und gefährden. Demokratie lebt nicht nur von formalen Regeln, sondern auch von einer gelebten öffentlichen Kommunikationskultur. Um diese als Voraussetzung einer lebendigen Demokratie zu erhalten bzw. wiederzugewinnen, bedarf es der regulativen Einhegung übermäßiger neoliberaler Freiheiten.

*

Prof. Dr. Armin Grunwald ist Physiker und Philosoph. Er leitet das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse in Karlsruhe und ist Professor für Technikphilosophie und Technikethik am Karlsruher Institut für Technologie. ■

■ NOTIERT

■ „Ich sitze hier gerade im Krankenhaus am Sterbebett der Selbstachtung und Integrität einer 69jährigen Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands und soll dem WDR ausrichten, dass er - Zitat - 'wohl den Arsch offen' hat." - *Jan Böhmermann auf Twitter.*

■ „Fazit: Nach dem mehrtägigen Ganzkörpereinsatz der über jeden Zweifel erhabenen, genialen WDR-Anstaltsleitung und der gleichermaßen geistvollen Internetfaschisten-Bubble sind von nun an die Begriffe 'Oma' und 'alte Umweltsau' für alle Ewigkeit untrennbar miteinander verbunden." - *Jan Böhmermann auf Twitter.*

■ „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine der größten Errungenschaften, die wir in der deutschen Medienlandschaft haben: ein gnadenlos zerwucherter Moloch, an dem es viel zu reformieren gibt (...), der aber unter all der trägen Masse

zu jeder Zeit genug Leidenschaft in sich trug, um für die richtigen Dinge zu kämpfen: für Aufklärung, für Freiheit, für die gute Debatte, in der das Argument mehr zählt als das Gefühl. Nie zuvor in der Geschichte dieses Rundfunks waren diese Werte so bedroht wie jetzt in den Zeiten von Fake-News, russischen Trollfarmen und modernen Informationskriegen. Und nie zuvor war es wichtiger, an der Spitze des größten ARD-Senders eine Intendantin oder einen Intendanten zu haben, der diese Werte verkörpert und für sie streitet." - *Stefan Stuckmann bei „Zeit Online“.*

■ „Von Abercron, der zudem die Sportberichterstattung dem Bereich der 'Unterhaltung' zuordnet und natürlich den unzutreffenden Begriff 'Rundfunkgebühren' verwendet, kennt sich mit Medien halt ungefähr so gut aus wie die Autorinnen und Autoren dieser Kolumne mit der turkmenischen Agrarwirtschaft, aber für einen Zeitungsartikel über die Öffentlich-Rechtlichen reicht

das heutzutage locker." - *René Martens im „Altpapier“.*

■ „So erscheint der jungenhafte Kanzler mit den Großen und Wichtigen dieser Welt stets in aktiver Rolle, so als würde er ihnen die Welt erklären. Der Erfolg ist messbar: Obwohl die tatsächliche Leistungsbilanz des ÖVP-Chefs, der schon zwei Regierungen in die Luft gesprengt hat, überschaubar ist, nimmt sein Image keinen Schaden." - *Ralf Leonhard in der „Tageszeitung“.*

■ „Im übrigen konnte Gremliza so schreiben wie Gremliza, und was er Kraus sogar voraus gehabt haben mag, (...) ist, dass Gremliza in den Jahrzehnten, die ich überblicke, keine einzige fade oder wenigstens irrelevante Zeile unterlaufen ist. Gremliza war vieles und vor allem nie langweilig, und wer seine Textsammlungen in die Hand nimmt (...), der wird sie nur schwer wieder aus der Hand kriegen." - *Stefan Gärtner bei „Titanic-Magazin.de“.*